

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Hauptstadtfinanzierung II: Berliner Kultur von gesamtstaatlicher Bedeutung? – Verhandlungsgrundlagen schaffen durch Evaluation

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, in Vorbereitung auf die Verhandlungen zum Hauptstadtfinanzierungsvertrag eine Evaluation der bestehenden kulturpolitischen Regelungen im Vertrag gemeinsam mit dem Bund vorzunehmen und ihre Ergebnisse dem Abgeordnetenhaus sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.
2. Die Evaluation soll sich vorwiegend mit der Effektivität der im aktuell gültigen Hauptstadtfinanzierungsvertrag benannten Maßnahmen sowie mit Empfehlungen über ihre mögliche Fortsetzung befassen.
3. Der Senat wird des Weiteren aufgefordert, eine Evaluation der im Einzelplan 03 des Berliner Landeshaushalts genannten Kultureinrichtungen im Hinblick auf ihre gesamtstaatliche Bedeutung vorzunehmen und somit eine empirische Grundlage für die Rolle der Kultureinrichtungen im Kontext der Funktion Berlins als Hauptstadt zu schaffen.
4. Bei der Beauftragung einer Evaluation durch den Senat ist auf die Unabhängigkeit des ausführenden Auftragnehmers zu achten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.06.2015 zu berichten.

Begründung:

Die Berliner Kulturlandschaft ist gleichermaßen vielfältig wie komplex. Die Mehrfachfunktion der Stadt als Kommune, Land und Bundeshauptstadt eines föderalen Staates bedingt eine Kulturlandschaft, die in ihrer Ausprägung historisch gewachsen ist und deren Rolle sich im Zuge der „Hauptstadtwerdung“ Berlins in einem stetigen Wandel befindet.

Ein Ausdruck der sich stetig wandelnden Gestalt Berlins in seiner Hauptstadtrolle ist die anstehende Neuverhandlung des Hauptstadtfinanzierungsvertrags, die einmal mehr das komplexe Verhältnis zwischen Bund und Land in gewisser Hinsicht auch zur Disposition stellt. Der Bund nimmt bereits großen Anteil am kulturellen Leben seiner Hauptstadt und finanziert von Hauptstadtkulturfonds über Gropius-Bau und Haus der Berliner Festspiele bis hin zur Sanierung der Staatsoper eine breite Palette an kulturpolitischen Maßnahmen innerhalb des Vertrags und die Museen über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie die zahlreichen Gedenkstätten. Dazu kommen neuerdings die zugesagte Finanzierung für das Museum der Moderne sowie das Bauhausarchiv.

So breit sich jedoch diese Kulturfinanzierung aufstellt, so komplex ist sie auch gewachsen, nicht zuletzt aus der vergangenen Teilung der Stadt heraus und ihrer Bestimmung als Bundeshauptstadt ab 1992. Gleichzeitig hält jedoch das Land Berlin weiterhin innerhalb Deutschlands einen Spitzenplatz bei Kulturausgaben laut Kulturfinanzbericht, insbesondere, wenn dies relativ zur Wirtschaftsleistung bzw. zu ihrem Gesamthaushalt betrachtet wird (vgl. Kulturfinanzbericht 2012, S. 35). Prinzipiell soll an der Länderzuständigkeit für kulturelle Angelegenheiten auch erst einmal nicht gerüttelt werden.

Gleichzeitig bedingt Berlins Rolle als Hauptstadt jedoch in Form des Hauptstadtfinanzierungsvertrags eben in regelmäßigen Abständen eine Diskussion darüber, wie die Kultur von gesamtstaatlicher Bedeutung zu definieren wäre und welche Institutionen in welchem Maße der gesamtstaatlichen Repräsentation dienen. Der vorliegende Antrag soll keine Empfehlung dahingehend sein, welche Institutionen beispielsweise neu in einen Hauptstadtfinanzierungsvertrag aufgenommen oder sogar aus ihm gestrichen werden könnten.

Daneben regen wir an, hier eine systematisierte Evaluation dahingehend vorzunehmen, diese Rolle nicht nur nach Augenmaß zu definieren, sondern hierfür eine empirische Grundlage zu schaffen. Es soll erklärt werden können, warum welche Institutionen durch Bundesgelder gefördert werden. Nicht an jeder Stelle ist dies so offensichtlich wie bei den Staatlichen Museen zu Berlin. Die Natur des Hauptstadtfinanzierungsvertrags als eben Vertrag bedingt unseres Erachtens ebenjene Evaluation, um hier eine Systematisierung und somit Grundlage für die anstehenden Verhandlungen zu schaffen.

Berlin, den 03.03.2015

Delius

Magalski
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion

Herberg